



Ralf Havertz

Keimyung University, Daegu, Südkorea

Entmilitarisierung der Politik in Südkorea?*

Über Jahrzehnte war die Politik in Südkorea durch Militär und Sicherheitsapparat bestimmt. Die Einführung einer zivilen Aufsicht über das Militär war ein langwieriger Prozess. Auch wenn bei der Entmilitarisierung der Politik in Südkorea in den letzten Jahren viel erreicht wurde, so gibt es jüngste Ereignisse, die Zweifel aufkommen lassen. Es ist offensichtlich: In der südkoreanischen Armee, insbesondere im Heer, gibt es weiterhin ein Potenzial für Interventionen in die Politik.

Die Politik in Südkorea wurde über mehrere Jahrzehnte von militärischen Machthabern geprägt und kontrolliert. Diese Entwicklung nahm ihren Anfang mit der Machtübernahme durch General Park Chung-hee durch einen Coup im Jahre 1961. Während Park seinen Offiziersposten im Jahre 1963 aufgab, um Präsident zu werden, setzte er Angehörige des Militärs in Schlüsselpositionen von Regierung, öffentlicher Verwaltung und staatlichen Unternehmen ein. Eine informelle, mit Park eng verbundene Gruppe innerhalb des Militärs namens *Hanahoe* (Gruppe Eins) dominierte alle wichtigen Positionen in der Armee und erlaubte es ihm, das Militär zu steuern. Gleichzeitig war das Militär die bestimmende Kraft in der südkoreanischen Gesellschaft,¹ wo es seinen Einfluss weit über den Tod Parks im Jahre 1979 hinaus bis in die ersten Jahre der Demokratisierung Südkoreas behielt. *Hanahoe* war von Chun Doo-hwan, einem General der Infanterie, zusammen mit mehreren Absolventen der Militärakademie in Daegu ins Leben gerufen worden. Die Gruppierung

* „WeltTrends. Das außenpolitische Journal“ 2020, Jg. 28, Nr. 159, S. 43–47.

¹ Kuehn, David (2016): Institutionalising Civilian Control of the Military in New Democracies: Theory and Evidence from South Korea. In: GIGA Working Paper 282, S. 14.

stellte später einen wichtigen Unterstützerkreis für Chun dar, als er sich 1979 nach der Ermordung Parks an die Macht geputscht hatte, die er 1987 unter dem Druck der Demokratiebewegung aufgab. Chun war es auch, der das Militär im Jahre 1980 für die brutale Niederschlagung des Aufstandes in Gwangju missbrauchte, was zu über 600 Toten führte.

Während der Militärdiktatur in den Jahren 1961 bis 1988 besetzten aktive Offiziere und ehemalige Angehörige des Militärs alle wichtigen Regierungsposten. Das Land stand unter einer straffen militärischen Führung, weil sich das Militär nicht nur auf die Dominanz der Regierung konzentrierte, sondern auch den internen Sicherheitsapparat unter seine Kontrolle brachte. In diesem Zusammenhang ist insbesondere der militärische Inlandsgeheimdienst zu nennen, der die Aktivitäten von Oppositionellen überwachte und die Medien stark einschränkte.

Beginn der Demokratisierung

Die Demokratisierung des Landes begann im Jahre 1987, als eine Bewegung von Studenten und Arbeitern das Ende der Militärdiktatur und den Übergang zur Demokratie erzwang. Doch während der Amtszeit von Roh Tae-woo (1988–1993), des ersten demokratisch gewählten Präsidenten Südkoreas, geschah seitens der Regierung so gut wie nichts, um das Militär zu entmachten. Wichtige Institutionen wurden weiterhin vom Militär kontrolliert und die militärischen Inlandsgeheimdienste fuhren entgegen einer Anweisung von Roh mit der Überwachung von Zivilisten fort. Dies verwundert nicht, da Roh ein Mitglied der *Hanahoe*-Gruppe und eng mit der Militärregierung verbunden gewesen ist.² Während der Präsidentschaft Rohs gab es innerhalb des Militärs Widerstände gegen den Demokratisierungsprozess. Aber es gelang Roh, das Militär unter Kontrolle zu behalten, indem er einige Personalwechsel vornahm.³ Veränderungen beschränkten sich während dieser Phase vornehmlich auf die personelle Ebene. Das System blieb weitgehend unangetastet.

Die zivile Kontrolle des Militärs

Die ersten Schritte hin zur Selbstbehauptung der zivilen Regierung gegenüber dem Militär wurden von Präsident Kim Young-sam (1993–1998) unternommen, der den bürokratischen Apparat im Verteidigungsbereich umbaute und die Kompetenzen des Verteidigungsministeriums gegenüber der militärischen Führung stärkte.⁴ Kim war auch seit über 30 Jahren der erste Zivilist im Amt des Präsidenten. Die entscheidenden Änderungen aber wurden in den Jahren der Präsidentschaften von

² Ebd., S. 15.

³ Kim, Yung Myung (2004): Patterns of Military Rule and Prospects for Democracy in South Korea. E Press, Australian National University Canberra; <http://press-files.anu.edu.au/downloads/press/p33231/pdf/ch0827.pdf>, S. 128.

⁴ Croissant, Aurel / Kuehn, David / Lorenz, Philip (2012): Breaking with the Past? Civil-Military Relations in the Emerging Democracies of East Asia (Policy Studies 63), S. 35.

Kim Dae-jung (1998–2003) und Roh Moo-hyun (2003–2008) vorgenommen. Kim führte den von Zivilisten geleiteten Nationalen Sicherheitsrat ein, der den Präsidenten in allen sicherheitsrelevanten Fragen beraten und die Aktivitäten des Sicherheitsapparates koordinieren sollte. Die Institution hatte bis heute eine wichtige Rolle für das Verhältnis Südkoreas zu Nordkorea und zu den USA.

Als Roh das Präsidentenamt im Jahre 2003 von Kim übernahm, konnte er auf den Reformen seines Vorgängers aufbauen. Militärpolitische Entscheidungen wurden ausschließlich von Zivilisten gefällt. Roh festigte die zivile Kontrolle über das Militär weiter, indem er politische Bildung für Soldaten und eine Ausbildung von Offizieren an zivilen Einrichtungen der höheren Bildung einführte. In die Zeit von Roh fällt auch eine Reform des Personalmanagements und des Beförderungswesens im südkoreanischen Militär, die von vetternwirtschaftlichen Strukturen weitgehend befreit und auf ein meritokratisches System umgestellt wurden. Über viele Jahre wurden die obersten Positionen in der Armee vorwiegend von Angehörigen der *Hanahoe*-Gruppe besetzt. Diese Bevorzugung führte zur Unzufriedenheit unter denjenigen Soldaten, die nicht Teil dieser Gruppierung waren, da sie bei Beförderungen übergangen wurden. Seit der Präsidentschaft Kim Young-sams im Jahre 1993 ist *Hanahoe* an den Rand gedrängt worden. Es wurden seitdem gezielt nur diejenigen befördert, die *Hanahoe* nicht angehörten. Kim ist damals ein Risiko eingegangen, als er gegen diese Gruppe vorging, weil nicht ganz klar war, inwiefern sie innerhalb des Militärs noch über die Macht verfügte, eine Gegenwehr – und möglicherweise einen Coup – zu organisieren.⁵ In der historischen Rückschau wird klar, dass Kim die Situation innerhalb des südkoreanischen Militärs damals richtig eingeschätzt hat.

Heute werden politische Entscheidungen hinsichtlich des Militärs vornehmlich von zivilen Politikern gefällt. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, dass viele der Beschäftigten im Verteidigungsministerium einen militärischen Hintergrund haben, was zu persönlichen Verbindungen und Loyalitäten zwischen Regierungsbeamten und Angehörigen des Militärs führt. Seit der Demokratisierung waren fast alle Verteidigungsminister, bevor sie dieses politische Amt übernahmen, hochrangige Offiziere in der koreanischen Armee. Nach seinem Amtsantritt im Mai 2017 hat Präsident Moon Jae-in zwei Verteidigungsminister eingesetzt. Es ist auffällig, dass der derzeitige Amtsinhaber, Jeong Kyeong-doo, und sein Vorgänger Song Young-moo, als Soldaten beide nicht dem Heer angehörten. Jeong war General der Luftwaffe und stand dem südkoreanischen Generalstab vor; und Song war Marineadmiral. Aufseiten der Regierung gibt es offenbar Vorbehalte gegen einen Verteidigungsminister mit militärischem Hintergrund im Heer – *Hanahoe* setzte sich vor allem aus Angehörigen des Heeres zusammen.

Rückfall in autoritäre Muster

Diese Vorsicht hat ihren Grund auch in jüngsten Ereignissen, die mit dem Amtsenthebungsverfahren von Park Geun-hye, der Tochter des ehemaligen Militärdiktators

⁵ Kuehn (2016), S. 17f.

Park Chung-hee, zu tun haben. Am 9. Dezember 2016 hatte das südkoreanische Parlament mit großer Mehrheit (234 von 300 Stimmen) für eine Entfernung Parks aus dem Amt der Präsidentin gestimmt, weil sie sich groben Amtsmissbrauchs und korrupten Verhaltens schuldig gemacht hatte. Der Verfassung entsprechend musste das Verfassungsgericht der Entscheidung des Parlaments zustimmen. Das geschah am 10. März 2017 mit einstimmigem Votum. Während das oberste Gericht Südkoreas seine Entscheidung in dem Fall vorbereitete, wurden seitens des Sicherheitskommandos für Verteidigung (Defense Security Command, DSC), einer 2.900 Mann starken Spezialeinheit, die auch geheimdienstlich tätig war, Pläne für eine militärische Intervention ausgeheckt. Für den Fall einer Entscheidung zugunsten Parks sahen diese Pläne vor, etwaige Proteste gegen diese Entscheidung unter Einsatz des Militärs niederzuschlagen. Dazu gehörten der Einsatz von Panzern und Spezialkräften, die Kontrolle der Presse und die Besetzung von Regierungsbehörden. Die Pläne des Kommandos sahen auch die Möglichkeit vor, das Kriegsrecht über Südkorea zu verhängen.⁶

Das Amtsenthebungsverfahren wurde von regelmäßigen Großdemonstrationen im ganzen Land, vor allem auf dem Ganghwamun-Platz im Zentrum Seouls, begleitet. Über sechs Monate hinweg hatten sich dort jeden Samstag mehrere Hunderttausend, an einigen Tagen weit über eine Million Menschen versammelt und die Entfernung Parks aus dem Amt und ihre strafrechtliche Verfolgung gefordert. Diese Proteste verliefen ausnahmslos friedlich. Hätte das Verfassungsgericht anders entschieden, hätte es mit hoher Wahrscheinlichkeit weitere Demonstrationen gegen Park gegeben. Ihre Unterbindung durch das Militär hätte zu einer Eskalation der Gewalt und zu einem zweiten Gwangju-Massaker führen können.

Bei einer Untersuchung der Aktivitäten des DSC kam auch ans Licht, dass diese Einheit weiterhin mit der Überwachung von Zivilisten befasst war und umfangreiche Datensammlungen über Personen angelegt hatte. Sie mischte sich mit Postings in sozialen Netzwerken in innenpolitische Debatten ein und versuchte den Ausgang von Wahlen zu beeinflussen. Aus Sicht der Moon-Regierung war dieses Verhalten völlig inakzeptabel. Das DSC wurde im August 2018 aufgelöst und durch das DSSC (Defense Security Support Command) ersetzt. Letzteres soll sich auf reine Verteidigungsaufgaben konzentrieren und weder Zivilisten noch Soldaten überwachen.

Fazit

In den sechs Monaten des massiven Protests gegen die Regierung von Park Geun-hye zwischen Oktober 2016 und März 2017 hat sich die Demokratie Südkoreas bewährt. Viele Bürger haben eine erstaunliche Urteilsfähigkeit und eine große

⁶ He-suk Choi: Moon Orders Special Probe into Martial Law Allegations. In: Korea Herald, 10.7.2018; <http://www.koreaherald.com/view.php?ud=20180710000261>; DSC in its Current Form Should Be dismantled. In: Hankyoreh, 7.7.2018; http://english.hani.co.kr/arti/english_edition/e_editorial/852310.html; New Intel Unit Bans Monitoring Military Personnel, Installs Whistleblowing System. In: Yonhap News, 2.9.2018; <https://en.yna.co.kr/view/AEN20180902002200315>.

Entmilitarisierung der Politik in Südkorea?

Bereitschaft gezeigt, sich für den Erhalt ihrer Demokratie einzusetzen. Die Amtsenthebung Parks war absolut verfassungskonform und in ihrer Ausführung geradezu ein Lehrstück. Gleichzeitig haben die Vorbereitungen des DSC für eine Unterbindung der Proteste gegen Park durch das Militär und seine Pläne für eine Verhängung des Kriegsrechts gezeigt, dass die Konsolidierung der Demokratie in Südkorea nicht abgeschlossen und eine Umkehr zu einem autoritären Militärregime möglich ist.

